

# Unsichere Zukunft

## Zur Situation der christlichen Kirchen in Ägypten

*Etwa zehn Prozent der Einwohner Ägyptens sind Christen. Seit dem Sturz Mubaraks vor zwei Jahren hat sich ihre Lage weiter verschlechtert. Es ist noch nicht absehbar, welche Auslegung und Praxis des Islam in Ägypten die Oberhand gewinnen werden. Eine Konferenz in Kairo ließ jetzt Vertreter der ägyptischen Kirchen zu Wort kommen.*

Ende Januar empfing Bundeskanzlerin *Angela Merkel* den ägyptischen Staatspräsidenten *Muhammad Mursi*. Der Staatsbesuch verlief kürzer als geplant. Mursi kehrte bereits nach einem Tag wieder nach Kairo zurück, da sein Land im Chaos zu versinken drohte. Zum zweiten Jahrestag der Revolution am 25. Januar brachen im ganzen Land Unruhen aus, verummte Banden zogen umher und setzten die Büros der Muslimbrüder in Brand. Zu groß war die Enttäuschung darüber, was aus der

einst so hoffnungsvoll gestarteten Revolution im Januar 2011 geworden war. Nachdem *Hosni Mubarak* 30 Jahre lang das Land am Nil beherrscht hatte, in dem er sich mit Militärführern, Wirtschaftsbossen und Machteliten arrangierte, war der Despot nach zweieinhalb Wochen des Arabischen Frühlings ohne Blutvergießen zum Rücktritt gedrängt worden. Geradezu euphorisch waren die Entwicklungen in Ägypten damals von westlichen Beobachtern begrüßt worden. Beispiels-

weise verkündete US-Präsident *Barack Obama*: „Wir müssen unsere Kinder dazu bringen, wie diese jungen Ägypter zu werden.“ Aus dem Mund des britischen Premierministers klang es ähnlich: „Wir müssen künftig in unseren Schulen die ägyptische Revolution lehren.“ Dem schloss sich der italienische Premierminister an: „Es gibt nichts Neues aus Ägypten. Die Ägypter schreiben Geschichte, wie sie es bereits in der Vergangenheit getan haben.“ Und der norwegische Premierminister stimmte in die Euphorie seiner Amtskollegen ein: „Heute sind wir alle Ägypter.“ Doch inzwischen hat sich die Euphorie gelegt, ist mit Blick auf die Entwicklungen in Ägypten Ernüchterung eingetreten.

Wenige Tage bevor der ägyptische Staatspräsident Ende Januar nach Deutschland kam, fand in Kairo eine von Missio Aachen gemeinsam mit der ägyptischen Bischofskonferenz organisierte Tagung zur Situation der Kirchen in Ägypten statt, an der neben Vertretern der ägyptischen Bischofskonferenz auch eine Delegation aus Deutschland unter der Leitung von Missio-Präsident *Klaus Krämer* teilnahm. Hintergrund der Tagung war, dass sich die Situation der christlichen Kirchen in Ägypten in den letzten zwei Jahren sukzessive verschlechtert hatte. Die Hoffnungen aus den Tagen des Arabischen Frühlings, als Christen und Muslime Seite an Seite gegen den alten Machthaber demonstrierten, haben sich nicht erfüllt. „Damals gab es eine Welle der Solidarität, die wir Christen in Ägypten noch nie erlebt haben“, erinnert sich *Rafic Greiche*, Pressesprecher der ägyptischen Bischofskonferenz. Doch rückblickend räumt er ein, dass nicht die koptischen Christen, sondern vor allem die Islamisten von der Revolution profitiert haben.

## Traditionsreiche Vergangenheit

Dabei war die Situation der Christen in Ägypten seit jeher schwierig. Man geht davon aus, dass acht bis zehn Millionen der 84 Millionen Einwohner des Landes am Nil den verschiedenen christlichen Kirchen angehören. Die meisten von ihnen bekennen sich zur koptisch-orthodoxen Kirche; die 250 000 Katholiken, die in sieben Diözesen leben, bilden im Land am Nil eine krasse Minderheit. Die koptische Kirche blickt in Ägypten auf eine lange Vergangenheit zurück. Sie führt ihre Existenz auf den Evangelisten Markus, den ersten Bischof von Alexandria zurück, der als Märtyrer starb. Von Alexandria aus breitete sich das Christentum über das ganze Land aus. Ursprünglich gehörten die Kopten zur griechisch-orthodoxen Kirche, doch spalteten sie sich beim Konzil von Chalcedon im Jahr 451 ab, da sie die christologischen Aussagen des Konzils über die gottmenschliche Natur Christi ablehnten.

Als islamische Truppen das Land am Nil im Jahr 641 erreichten, bekannte sich ein Großteil der dortigen Bevölkerung zum Christentum. Heute sind die koptischen Christen eine Minderheit im Land, deren Situation sich in den letzten 60 Jahren sukzessive verschlechtert hat. Als erste Wegmarke einer Ge-

schichte zunehmender Ausgrenzung kann der Militärputsch von 1952 betrachtet werden. Während Christen zuvor in zahlreichen Ämtern des Staates zu finden waren, wurden diese während der Nasser-Ära aus ihren Ämtern verdrängt.

Unter *Anwar El Sadat*, der die Islamisierung von Staat und Gesellschaft vorantrieb, verschärfte sich das religiöse Klima in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Gerade in konservativen muslimischen Kreisen galten die Christen als Ungläubige und Vertreter der Unmoral. Zeitgleich versuchten

islamistische Terrorgruppen, ihre Idee eines islamischen Staates dadurch zu verfolgen, dass sie christliche Kirchen in Brand setzten und Anschläge auf Christen verübten.

In der darauf folgenden Mubarak-Ära kam es ebenfalls immer wieder zu Übergriffen gegen Christen. Andererseits gab es Zugeständnisse an die christliche Minderheit im Land. So erklärte die Regierung den Weihnachtstag im

Jahr 2002 zum staatlichen Feiertag, und im Jahr 2006 wurde (erstmalig seit mehr als 30 Jahren) ein koptischer Provinzgouverneur eingesetzt. Dennoch schwand der Einfluss der Christen in Ägypten zusehends.

## Auf dem Weg zum islamischen Staat?

Mit Blick auf den seit der Revolution von 2011 veränderten Alltag der Christen in Ägypten zeigte *Soliman Shafik* während der Konferenz zur Situation der Kirchen in Ägypten auf, dass das nordafrikanische Land sich derzeit in einen islamistisch geprägten Staat verwandle. Problematisch sei dabei, dass es völlig unterschiedliche Vorstellungen davon gäbe, was unter „islamisch“ zu verstehen sei. Unterschiedliche Vorstellungen gebe es dazu auch zwischen Muslimbruderschaft und den erstarkten Salafisten. Die Infragestellung bürgerlicher Rechte und Freiheiten beeinflusse die gesellschaftliche Stimmung im nordafrikanischen Staat.

Der politisch geduldete und geförderte Siegeszug des gesellschaftlichen Islamismus gehe in Ägypten einher mit einer Tendenz zum allgegenwärtigen Islam-Mainstreaming, die das Alltagsleben im Land am Nil allmählich verändere. Verstärkt werde dieser gesellschaftliche Trend durch anhaltende wirtschaftliche Probleme. So sei der Tourismus vor zwei Jahren nach dem Arabischen Frühling zusammengebrochen, wodurch dem Land früher so reichlich fließende Deviseneinnahmen entzogen seien. Arbeitslosigkeit und Inflation haben neue Höchstmarken erreicht.

Shafik warnte, dass Ägypten nicht mehr wie früher ein offener, liberaler Staat sei, sondern stattdessen auf dem Weg zu einem

islamistischen Staat sei. Der Einfluss der Christen in der Gesellschaft, so Shafik, werde immer geringer. Seit einigen Jahren wird zwar die Idee einer „Kopten-Quote“ diskutiert. Sie solle dazu beitragen, dass den Christen eine Vertretung im Parlament garantiert ist. Doch selbst im katholischen Episkopat wird solch eine Quote mit Skepsis betrachtet. Sie würde dazu führen, dass die Katholiken Sonderrechte für sich in Anspruch nähmen und als eine eigene Gruppe im Land definiert würden. Dabei ist es den Bischöfen gerade wichtig, dass Christen im Land am Nil nicht gesellschaftlich ausgegrenzt, sondern als integraler Teil der Gesellschaft betrachtet werden.

Aus diesem Grund lehnen die Bischöfe auch die Gründung einer christlichen Partei in Ägypten ab. *Adel Zaki*, Apostolischer Vikar von Alexandria, brachte es auf den Punkt: „Die koptisch-orthodoxe Kirche und die koptisch-katholische Kirche halten es nicht für sinnvoll, dass eine Partei in Ägypten als Partei für Christen gegründet wird. Es wird gewünscht, dass Christen in Gruppen und verschiedenen politischen Parteien mitwirken und mit anderen zusammenarbeiten.“ Skeptisch betrachten die Bischöfe jegliche Aktivität, die als Separatismus der Christen im Land am Nil gedeutet werden könnte.

Dieses Votum teilt auch der erst im vergangenen Monat neu gewählte koptisch-katholische Patriarch *Ibrahim Isaac Sidrak*. Schon im Vorfeld der Konferenz hatte der Bischof von Minia betont, dass die Christen in Ägypten sich nicht aus der Gesellschaft zurückziehen dürften. Ähnlich argumentierte *Jacques Pérennès*, Generalsekretär des Dominikanischen Instituts für

Orientalische Studien in Kairo. Der Dominikaner verwies darauf, dass Ägypten in einen Transformationsprozess eingetreten sei und die Menschen nun einen offenen Dialog untereinander beginnen würden. Auch wenn die Christen in einer schwierigen Zeit des Umbruchs leben, betrachte er dies als eine Herausforderung, an einem offenen Dialog mit den Muslimen teilzunehmen. Besondere Bedeutung besitze dabei das gemeinsame christlich-muslimische Engagement in der Zivilgesellschaft.

## Sicherung der Religionsfreiheit ist lebensnotwendig

Von existenzieller Bedeutung für die Existenz der Kirchen in Ägypten ist die Sicherung der Religionsfreiheit. Bereits 1967 hat der nordafrikanische Staat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet (und im Jahr 1982 ratifiziert), mit dem die Arabische Republik Ägypten das Recht auf Religionsfreiheit offiziell anerkannt hat. Religionsfreiheit bezieht sich in Ägypten tatsächlich auf die drei offiziell anerkannten Religionen: Islam, Christentum und Judentum. Wer diesen Religionen nicht angehört, wie beispielsweise die Anhänger der Bahai-Religion, ist der Diskriminierung ausgesetzt. Aber auch Christen sind das Opfer von Diskriminierung.

In seinem Statement über Religionsfreiheit in Ägypten ging *Hanaa Golta*, koptisch-katholischer Bischof von Alexandria, auf die Probleme im christlich-islamischen Dialog ein. Er

## Bayern: Die katholische Kirche will auf die Konkordatslehrstühle verzichten

Als Ergebnis ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 30./31. Januar gaben die Bischöfe der Freisinger Bischofskonferenz (sie umfasst die Bischöfe Bayerns und des zur Kirchenprovinz Bamberg gehörenden Bistums Speyer) bekannt, sie wollten auf ihre Rechte im Zusammenhang mit den so genannten „Konkordatslehrstühlen“ verzichten. Die Verhandlungen über eine entsprechende Neuregelung müssen jetzt vom Freistaat Bayern mit dem Heiligen Stuhl geführt werden. Bei Konkordatslehrstühlen handelt es sich um Professuren in nichttheologischen Fächern und außerhalb der Theologischen Fakultäten, bei deren Besetzung die katholische Kirche Mitbestimmungsrechte genießt.

Für Bayern regelt das Bayerische Kon-

kordat seit einem entsprechenden Änderungsvertrag von 1974, dass der Staat an den Universitäten Augsburg, Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg und Würzburg je einen Lehrstuhl für Philosophie, Gesellschaftswissenschaften und Pädagogik unterhält, für deren Besetzung wie bei katholischen Theologieprofessoren die Zustimmung des jeweiligen Bischofs („Nihil obstat“) erforderlich ist. Diese Regelung wurde in Bayern nach der Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten getroffen; die entsprechenden Lehrstühle bilden „sozusagen den Rest einer vordem konfessionell geprägten Lehrerausbildung“ (*Heinrich de Wall*). Das Bayerische Konkordat von 1924 enthielt ursprünglich

eine Regelung über Konkordatslehrstühle in Philosophie und Geschichte an den Universitäten München und Würzburg. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in einer Entscheidung von 1980 die Verfassungsgemäßheit von Konkordatslehrstühlen bestätigt.

Außerhalb Bayerns bestehen noch Konkordatslehrstühle an den Universitäten Freiburg und Mainz. Das Badische Konkordat von 1932 hält im Schlussprotokoll zu Artikel VII fest, der Badische Staat werde dafür Sorge tragen, „dass an der Universität Freiburg je eine Professur für Geschichte und Philosophie besteht, die mit einer Persönlichkeit besetzt wird, welche für die einwandfreie Ausbildung der Theologiestudenten geeignet ist“. Für die nach 1945 gegründete Universität Mainz wurde eine vergleichbare Regelung getroffen.

zeigte auf, dass der Toleranzbegriff im Islam nicht den Stellenwert besitzt, wie in modernen westlichen Gesellschaften. Und auch wenn die ägyptische Verfassung Religionsfreiheit garantiert, verstößt Ägypten gegen den von ihm unterzeichneten internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beispielsweise dadurch, dass er muslimischen Staatsbürgern eine Konversion zum Christentum nicht erlaubt. Verneint wird die Möglichkeit einer solchen Konversion mit Verweis auf das Gesetz gegen die Beleidigung der Religionen beziehungsweise gegen die Störung der öffentlichen Ordnung.

Ein weiterer Konfliktherd ist in Ägypten die Frage des Kirchenbaus. Für die koptischen Kirchen ist es oft nicht möglich, eine Genehmigung zum Bau einer Kirche zu erhalten. Während bis zum Jahr 2005 die Genehmigung zum Kirchenbau vom Staatspräsidenten selbst erteilt werden musste, ist das Genehmigungsverfahren für Sakralbauten heute zwar an die Provinzgouverneure delegiert worden. Doch auch nach dieser Dezentralisierung der Entscheidung müssen zehn Fragen eines Verwaltungsdokuments des Innenministeriums beantwortet werden, bevor über den Bau einer Gebetsstätte entschieden wird. Unter anderem muss geklärt werden, ob die geplante Kirche in der Nähe einer existierenden Moschee gebaut werden soll, ob das Bauland in der Nähe einer christlichen oder muslimischen Siedlung liegt, ob örtliche Muslime gegen den Bau der Kirche sind.

Konsequenz dieses Antragsverfahrens ist, dass die Genehmigung zum Kirchenbau in der Regel verweigert wird, sodass Christen eigene Wege finden müssen, um Kirchen zu errichten. Da den christlichen Gemeinden bewusst geworden ist, dass sie eine Baugenehmigung für einen Sakralbau erst nach vielen Jahren beziehungsweise eventuell auch niemals erhalten würden, beantragen sie vielfach nicht den Bau einer Kirche, sondern die Errichtung eines Sozialzentrums oder Gemeindebaus. Wenn schließlich eine Baugenehmigung für diesen Nutzungszweck vorliegt, wird in dem geplanten Gebäude auch ein Sakralraum vorgesehen. Die einen betrachteten diesen Weg, an eine Baugenehmigung zu kommen, als eine der Notsituation geschuldete Strategie einer religiösen Minderheit. Andere sehen in dieser Praxis koptischer Christen die Ursache für gewalttätige Konflikte.

Tatsächlich haben erst vor kurzem aufgebrachte Muslime in der Provinz Fayum ein koptisches Pfarreigebäude zerstört. Während das Bauwerk in der 130 Kilometer südwestlich von Kairo gelegenen Stadt als kirchliche Sozialeinrichtung bewilligt worden war, sahen es die Randalierer als erwiesen an, dass auf dem Bauplatz in Wirklichkeit eine Kirche entstehen soll. Doch für Christen ist dieses Vorgehen oft die einzige Möglichkeit, eine Kirche im Land am Nil zu errichten.

Zu Konflikten kommt es nicht nur beim Kirchenbau, sondern auch bei Fragen des Sorgerechts. Im Familienrecht wird in Ägypten das jeweilige Recht einer Religionsgemeinschaft für deren Mitglieder angewandt. Demnach gelten für Muslime die Grundsätze der Sharia, für die Kopten gilt das Kirchenrecht und für die wenigen in Ägypten lebenden Juden das jüdische

Recht. Problematisch wird diese differenzierende Rechtspraxis in den Fällen, in denen die Familienmitglieder unterschiedlichen Konfessionen oder Glaubensgemeinschaften angehören. In diesen Fällen wird nach der Sharia geurteilt.

Konfliktiv sind insbesondere Fälle, in denen ein Mann zum Islam konvertiert. Automatisch gelten dessen Kinder vom Zeitpunkt der Konversion an als Muslime und müssen islamisch erzogen werden. Auch das Sorgerecht für die Kinder geht in diesem Fall automatisch auf den zum Islam konvertierten Vater über. Die Konversion zum Islam kann somit im Fall einer Scheidung zum juristischen Instrument werden, um das Sorgerecht zu erstreiten.

## Kritik an der neuen Verfassung

Damit Christen in Ägypten ihre Religion unbedrängt ausüben können, muss das Recht auf Religionsfreiheit in der Verfassung verankert sei. Doch gerade die Ausarbeitung einer neuen Verfassung hatte zuletzt zu einem Streit geführt, der soweit eskalierte, dass Vertreter der Kirche die verfassunggebende Versammlung im April letzten Jahres verließen. Bischof Hanaa Golta begründete diesen Schritt: „Die Arbeit begann konstruktiv, aber später wurde deutlich, dass die Muslimbrüder und die Salafisten eine islamische Verfassung formulieren wollten. Wir diskutierten intensiv mit deren Führern, aber wir stießen auf taube Ohren. Schließlich mussten wir einsehen, dass uns nur eine dekorative Funktion zugedacht war, und so haben wir die verfassunggebende Versammlung verlassen.“

Diese Entwicklung war umso enttäuschender, als bereits im Juni 2011 ein Dokument von der Kairoer Al-Azhar-Universität, der renommiertesten Lehrinstitution für den sunnitischen Islam, verfasst und veröffentlicht worden war, in dem die führenden islamischen Gelehrten des Landes das Konzept eines islamischen Staates abgelehnt und einen zivilen Staat gefordert hatten. Doch die Diskussion einer neuen Verfassung nahm einen anderen Verlauf.

Im November vergangenen Jahres hatte Präsident Mursi sich in einer Verfassungserklärung zunächst mit Sonderbefugnissen ausgestattet, sodass er sowohl von seinen Kritikern im Inland wie auch im Ausland als „Pharao“ bezeichnet wurde. Ohne auf die teils harsche Kritik zu hören, boxte Mursi daraufhin den Verfassungsentwurf im vergangenen Dezember im Schnellverfahren durch, ohne tatsächlich die Mehrheit der Ägypter für die Verfassung zu gewinnen: Nur ein Drittel aller Ägypter nahm im vergangenen Dezember am Referendum teil, und nur eine knappe Mehrheit von ihnen stimmte für den ausgearbeiteten Verfassungsentwurf. In ihm wird im viel zitierten Artikel 2 die Sharia, das islamische Recht, zur Grundlage der ägyptischen Gesetzgebung erklärt.

Beobachter weisen darauf hin, dass gerade viele ungebildete Ägypter (40 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten) ihren religiösen Führern blind gefolgt sind und für den von Muslim-

brüdern und Salafisten vorgelegten Verfassungsentwurf stimmten. Darüber hinaus hätten sich viele Christen – obwohl die Kirchen ausdrücklich zur Wahlteilnahme aufgerufen hatten – nicht an der Wahl beteiligt, weil sie frustriert seien und nicht mehr daran glaubten, Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen zu können. Und so ist es letztlich die Kombination einer Passivität breiter Kreise der Bevölkerung verknüpft mit der Zunahme islamistischer Tendenzen, die zu einer Annahme der Verfassung geführt haben dürfte. Wie der Verfassungstext künftig interpretiert wird, ist nun völlig offen.

Zwar verkündete Muhammad Mursi wiederholt „Wir glauben nicht an einen Gottesstaat. Den Begriff der Theokratie gibt es bei uns nicht. Wir sprechen von einem zivilen Staat.“ Und auch der koptische Papst *Tawadros II.*, Oberhaupt der acht bis zehn Millionen koptisch-orthodoxen Christen, warnte vor einer Fundamentalopposition der Kirchen. Doch kritisierte auch er einzelne Artikel der neuen Verfassung, während er zugleich darauf verwies, dass die Mehrheit der Muslime in Ägypten moderat seien und sich nicht an einer Radikalisierung der Bevölkerung beteiligen würden.

Deutlich kritischere Stimmen kamen von Vertretern der koptisch-katholischen Kirche. Sie verwiesen darauf, dass die neue Verfassung und ihr Bekenntnis zur Scharia ein Einfallstor für höchst unterschiedliche Auslegungen der Scharia sei. Und gerade die Salafisten, die von Saudi-Arabien unterstützt werden und bei den Wahlen ihren Einfluss ausbauen konnten, tendieren zu einer fundamentalistischen Auslegung der Verfassungstexte.

## Einsatz für Bildung und Diakonie

Angesichts der derzeitigen, unübersichtlichen Lage im Land am Nil kann niemand sagen, ob sich in Ägypten letztlich ein moderates oder doch eher ein fundamentalistisches Verständnis der Scharia durchsetzen werden. Doch bereits heute steht fest, dass mit dem vorliegenden Verfassungstext gerade in Zeiten einer gesellschaftlichen Radikalisierung Tür und Tor geöffnet sind für eine radikalfundamentalistische Auslegung. So bezeichnete *Kyrillos William*, Bischof von Assiut, die neue Verfassung gar als einen „Wegbereiter eines islamischen Kalifats“ und verurteilte das Dokument als einen „fundamentalen Angriff auf die Menschenrechte“. Er kritisierte, dass die am 26. Dezember 2012 in Kraft getretene Verfassung extremistische Muslime unterstütze, während Frauen, junge Menschen und religiöse Minderheiten gefährdet würden. Dem schloss sich *Johannes Zakaria*, Bischof von Luxor an, der die Verfassung als ein „Werk fundamentalistischer Muslime“ bezeichnete.

Angesichts der hohen Analphabetenrate kommt dem Einsatz der Kirchen im Bildungsbereich eine besondere Bedeutung zu – darauf verwies auf der Konferenz zur Situation der Kirchen in Ägypten der Jesuit *Fadel Syrados*: Die katholische Kirche unterhält in Ägypten zahlreiche Schulen, die Christen und

Muslimen gleichermaßen offenstehen. Mit 65 Prozent besuchen deutlich mehr Muslime als Christen die katholischen Einrichtungen. Die Schulen verfügen über ein positives Image, da sie sich um einen hohen Bildungsstandard bemühen. Sie bilden ein Lernfeld und einen Erfahrungsraum dafür, wie eine gelungene Koexistenz von Christen und Muslimen in Ägypten aussehen kann, und betonen primär ihren säkularen (und nicht ihren religiösen) Charakter. Soziales Lernen wird neben dem kognitiven Lernen an den katholischen Schulen bewusst gefördert. Syrados betonte, dass gerade angesichts der Islamisierung der Gesellschaft und des Werteverlusts von Toleranz die soziale Lernerfahrung an katholischen Schulen immer wichtiger wird: „Entscheidender als die Übernahme politischer Macht durch islamistische Parteien dürfte die weitreichende Islamisierung der Gesellschaft sein. Unsere Schulen müssen Orte sein, an denen junge Ägypter lernen, den Anderen auch in seinem Anderssein zu akzeptieren.“

Mit ihrem Bildungsangebot stößt die Kirche im nordafrikanischen Land auf eine große Resonanz. „Breite Bevölkerungskreise streben danach, ihre Kinder auf kirchliche Schulen zu schicken“, betonte *Magib Moussa*, Direktor der „Upper Egypt Association“, die allein 35 Schulen in Ägypten unterhält. Darüber hinaus bietet diese katholische Einrichtung Ausbildungsprogramme für Analphabeten an, die vom staatlichen Bildungssystem nicht gefördert würden.

Für die gesellschaftliche Akzeptanz der Kirchen in Ägypten ist neben ihrem Engagement im Bildungsbereich ihr diakonischer Einsatz besonders wichtig. Die katholische Kirche unterhält beispielsweise zahlreiche Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und zeigt auf, wie diese Menschen, die in Ägypten keine Lobby besitzen, gefördert werden können: Kardinal *Antonius Naguib*, langjähriger Patriarch von Alexandria, hatte beispielsweise die Lebensgemeinschaft Arche eingeladen, in Shousha ein Heim für Menschen mit und ohne Behinderungen zu eröffnen. In der Diözese Luxor wurde zuletzt die „Key of Life Association“ gegründet. In ihren drei Häusern befinden sich ein Kindergarten, eine Schreinerei sowie eine Wohnung für Lehrlinge, eine Näherei, Gesundheitsstationen, Räume für die Jugendarbeit. Allein die Gesundheitsstationen der „Key of Life Association“ werden jährlich von rund zehntausend Frauen und Männern besucht. Angesichts der Transformationsprozesse in Ägypten dürfte es für die Kirchen in Ägypten sowie für die koptischen Christen von entscheidender Bedeutung sein, sich gerade auch im diakonischen Bereich verstärkt zu engagieren. „Droht jetzt ein Bürgerkrieg?“, titelte die Wochenzeitung „Die Zeit“ im vergangenen Monat angesichts der diffusen Situation im nordafrikanischen Land. Doch tatsächlich ist derzeit völlig offen, ob Ägypten ins Chaos abrutscht oder ob sich die Situation im Land am Nil in naher Zukunft stabilisiert. Gerade die Entwicklung in Ägypten dürfte aber auch Auswirkungen auf die Transformationsprozesse in den anderen, benachbarten arabischen Staaten haben. Vor allzu großer Sorglosigkeit warnte der Islamwissenschaftler *Christoph Marcinkowski* nach der Ta-

gung in Kairo: „Man sollte in der Tat die möglichen Gefahren der künftigen Entwicklung in Ägypten nicht unterschätzen. Ein Bürgerkrieg würde vor allem die islamistischen Kräfte stärken, weil die säkularen, liberalen Kräfte in Ägypten zahlenmäßig stark unterlegen sind.“

Mit Blick auf den Besuch des ägyptischen Präsidenten Mursi in Deutschland und die Vereinbarung wirtschaftlicher Zusammenarbeit fügte er hinzu: „Langfristig gilt es, unbedingt auf Dialog mit dem derzeitigen Regime zu setzen, das weiß sicher

auch die Bundesregierung. Wirtschaftshilfe – worunter ausdrücklich nicht Militärhilfe verstanden ist – kann mithelfen, Ägypten zu befrieden, wenn an die Hilfe Bedingungen geknüpft werden. Dazu zählen die Einhaltung der Menschenrechte oder der Schutz der Religionsfreiheit. Allerdings sollte man auch wissen, dass eine solche Wirtschaftspolitik nicht einfach zu realisieren ist, weil Ägypten schon aus Saudi-Arabien und Katar massive Hilfen erhält, die nicht an solche Bedingungen geknüpft sind.“

*Klaus Vellguth*